

Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Stro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Pettizeile (Moffe's Zeilenmessen 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.30. Amtliche Zeile RM 0.75
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt mit älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friebersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Förstlers Erben (Inh. F. W. Mohr) Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 122 || **Freitag, den 27. Mai 1927** || **79. Jahrgang**

Amthlicher Teil.

Pflichtfeuerwehr der Stadt Pulsnitz

Nachdem die Pflichtfeuerwehr der Stadt Pulsnitz neu eingeteilt worden ist, werden
sämtliche der Pflichtfeuerwehr anzugehörenden männlichen Personen vom 20. bis
vollendeten 30. Lebensjahre hiermit aufgerufen, die Armbinde und den Zuweisungs-
schein im Rathause in Empfang zu nehmen.

Die Abholung hat zu erfolgen für die Personen mit den Anfangsbuchstaben
A-N Montag, den 30. Mai, von 1/3 — 5 Uhr, für Personen mit den Anfangs-
buchstaben M-Z Dienstag, den 31. Mai, von 1/3 — 5 Uhr nachmittags. Per-
sonen, welche bereits im Besitz einer Armbinde sind, haben dieselbe mitzubringen.

Diesjenigen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen sollten, haben
Verstrafung zu gewärtigen.

Pulsnitz, am 28. Mai 1927. Der Stadtrat.

Pferde- und Rindviehmarkt

sowie
Schweine- u. der allwöchentl. Ferkelmarkt
in Nadeburg
Mittwoch, den 1. Juni 1927
Nadeburg, den 23. Mai 1927 Der Stadtrat

Das Wichtigste

Die Erwerbslosigkeit ist auch in der ersten Hälfte des Mai weiter
zurückgegangen.
Die russischen Geschäftsträger in London sollen in diesen Tagen
ihre Pässe erhalten.
Auf der Tagung der Völkerverbündigen in Berlin wurde die
Schweizer Frage behandelt.
In Berlin haben die Schulen Kälteferien erhalten.
Bei dem Sturm von Ancona sind bisher 20 Menschen ums
Leben gekommen.
Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß der englische Ge-
sandte in Peking beantragt worden sei, englische Untertanen,
die über Sibirien nach London zu reisen wünschten, zu war-
nen. Die Warnung sei mehr als berechtigt angebracht, da
antibritische Demonstrationen, die kürzlich in Moskau und
Leningrad stattgefunden hätten.
Im Staate Virginia hat eine plötzlich niedergehende Windhose
die Städte Norfolk und Portsmouth sehr stark mitgenommen.
Viele Häuser und größere St. ecken bedauten Gelände wurden
zerstört. 6 Tote und etwa 30 Verletzte werden gemeldet.
Wie die Volkszeitung aus London meldet, wurde das Ver-
trauensvotum der Konservativen für die Regierung mit 357
gegen 111 Stimmen bei 50 Enthaltungen der Liberalen an-
genommen.
Henry Ford läßt ankündigen, daß in seinen Werken in der
nächsten Zeit ein neuer, äußerst billig gehaltener Kleinstkraft-
wagen hergestellt werden solle, dessen Pläne bereits fertige-
stellt seien. Das neue „Auto des kleinen Mannes“ soll alles
bisher dagewesene in den Schatten stellen und zu einer Mas-
senbelegung des Automobilwesens führen.

Die sowjetrussischen Geschäftsträger erhalten ihre Pässe

Eine deutsche Erklärung gegen die Befehung auf der Völkerverbündigen — Italien und die Weltwirtschaftskonferenz
Die rote Armee kampfbereit — England befürchtet keine Weltkatastrophe — Die Unterhausdebatte über den Abbruch der
englisch-russischen Beziehungen

London. Nachdem die englische Regierung durch
den Ministerpräsidenten Baldwin in ihren einstimmigen Be-
schluß hat bekanntgeben lassen, daß sie das Handelsabkommen
mit Rußland für nichtig erkläre und die Ausweisung der
Sowjetvertretung aus London verlange, muß dieser Beschluß
noch vom englischen Parlament genehmigt werden. Die Ab-
stimmung im Parlament dürfte aber kaum etwas an dem
Regierungsbeschluß ändern. Die sowjetrussischen Geschäfts-
träger in London und das Personal der Sowjetrussischen
Handelsgesellschaft erhalten in diesen Tagen ihre Pässe zu-
gestellt.

Paris in Verlegenheit über den englisch-
russischen Bruch

Man möchte es mit Deutschland nicht
verderben.

Paris. Sowohl im Pariser Auswärtigen Amt als
auch in den Kreisen um Tschitscherin und Natowski wird das
allergrößte Stillschweigen über Inhalt und Absicht der Be-
sprechungen gewahrt, die der Sowjet-Außenminister mit
Poincaré und Briand hatte. Immerhin versucht man von
halbamtlicher französischer Seite mit allen Mitteln, der Auf-
fassung entgegenzutreten, daß Frankreich nach der Erneue-
rung der „Entente cordiale“ gewissermaßen „moralisch ver-
pflichtet“ sei, dem Beispiel Englands zu folgen.

Unverkennbar beginnt man in Paris die Haltung der
deutschen Regierung gegenüber Sowjet-Rußland enger
als bisher in den Kreisen der Betrachtungen einzubeziehen.
Sehr interessant ist in diesem Zusammenhang eine Be-
merkung des Blattes „Matin“, das mit seinen Aus-
führungen unzweifelhaft die in amtlichen Kreisen vor-
herrschende Meinung wiedergeben dürfte. Das Blatt be-
ginnt mit der Feststellung, daß das britische Kabinett den
Beweis für die Spionagetätigkeit der Agenten der 3. Inter-
nationale in den Händen habe. Sobald die französische Re-
gierung eine ähnliche Entdeckung machen sollte, würde sie
sich sofort die notwendigen Folgerungen ziehen. Die Politik
Briands ist vor allem eine Politik, die auf die Wiederher-
stellung des Friedens in Europa, und ganz besonders auf
eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland ab-
zielt. Diese Annäherung ist in der letzten Zeit an zahlreiche
Schwierigkeiten gestoßen. Indessen scheint es, als ob dies
die beste Methode darstelle, um Europa schließlich den wirt-
schaftlichen und politischen Frieden wiederzugeben.

Rußlands Antwort auf den englischen Schritt.

Moskau. Wie aus Moskau gemeldet wird, bereitet die
Sowjet-Regierung eine Erklärung an sämtliche Staaten der
Union vor, in der sie die englischen Gründe für den Abbruch
der Beziehungen darlegen und gleichzeitig die sowjetrussischen
Bürger beruhigen will. Ein Kriegszustand sei
nicht zu befürchten.

Die Eröffnung des Parlaments der Völkerverbündigen.

Eine Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning

Am Himmelfahrtstage fand durch eine offizielle Feier
im Reichstag die Eröffnung des Kongresses der Völkerverbän-
des der Völkerverbündigen statt. Reichskanzler Graf
Bernstorff ergriff als Vorsitzender der Deutschen Liga für
Völkerverbündigen das Wort zur Begrüßungsansprache. Namens
der Liga hieß er die Delegierten aufs herzlichste willkommen
und sprach besonders dem Reichskanzler Dr. Brüning den Dank
für sein Erscheinen aus. In seinen weiteren Ausführungen
bedauerte Graf Bernstorff, daß man in Genf bisher we-
nig Bereitwilligkeit für die Frage der Ab-
rückung gefunden habe.

Darauf sprach Reichskanzler Dr. Brüning: Mit Ge-
nugtuung begrüße ich es, daß der Verband in diesem Jahre
Deutschlands Hauptstadt als Tagungsort erwählt hat. Ich
erblicke hierin ein bedeutungsvolles Zeichen für den grund-
legenden Wandel, der sich im Laufe der letzten Jahre in den
Beziehungen Deutschlands zu den anderen Nationen voll-
zogen hat. Unsere Politik ist die der Verständigung, aufge-
baut auf dem Vertrauen zwischen Regierungen und Völkern
und nicht auf die Macht von Kanonen und Bajonetten. Die
Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerverbund ist deshalb der
beste und sicherste Weg zur Erreichung des Zieles der Völker-
versöhnung und Befriedung der Welt, das wir anstreben.

Rückblick auf die Weltwirtschafts- konferenz.

Von unserem aus Genf zurückgekehrten
Dr. F. Mitarbeiter.

Nach dreiwöchentlicher Dauer wurde die Weltwirtschafts-
konferenz geschlossen. Die von einzelnen Ausschüssen ausge-
arbeiteten, im allgemeinen farblosen und nichtsagenden Ent-
schlüsse und Empfehlungen wurden in der letzten Voll-
versammlung angenommen. Auch die viel umfängliche Ruffen-
formel über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen dem kapita-
listischen Wirtschaftssystem und dem Wirtschaftssystem der
Sowjetrepubliken fand schließlich die Billigung der Vollver-
sammlung der Weltwirtschaftskonferenz. Gang- und Klang-
los sind dann die Teilnehmer an dieser Konferenz ausein-
andergewandert, an deren Eröffnung der Vater der Welt-
wirtschaftskonferenz, der französische Finanzmann Loucheur,
so große Hoffnungen geknüpft hatte.

Auf einem einzigen Gebiete können wir vielleicht, nicht
heute oder morgen, aber doch in absehbarer Zeit, greifbare
Erfolge erwarten, nämlich auf dem Gebiete der Verein-
heitlichung der Zolltariffchemata und der No-
menklatur. Ein bekannter deutscher Industrieführer hat in
Genf mit Recht erklärt, daß internationale Wirtschaftsver-
handlungen, gleichgültig, ob sie zwischen Industrien oder
zwischen Staat geschlossen werden, nur dann Aussicht auf
Erfolg haben können, wenn eine gewisse Übereinstimmung
über wirtschaftliche Grundbegriffe besteht. Heute ist die Lage
so, daß der Zolltarif eines Landes vielleicht tausend ver-
schiedene Positionen, der Zolltarif des anderen Landes vier-
tausend Positionen, und der Zolltarif eines dritten Landes
über zehntausend Positionen kennt. Die gleiche Ware, die
im Zolltarif des einen Landes vielleicht in einer Position
enthalten ist, verteilt sich im Zolltarif des anderen Landes
auf zehn oder zwanzig Unterpositionen. Auf diesem Gebiete
muß vor allem nach einer Vereinheitlichung getrachtet werden.
Die gleiche Ware muß, wenn möglich, in allen Ländern in der
gleichen Position des Zolltariffes erscheinen. Das würde nicht

Die Beurteilung in Berlin.

Strengste Neutralität für Deutschland.

Berlin. Auch die Berliner politischen und diplo-
matischen Kreise beschäftigen naturgemäß den Abbruch der Be-
ziehungen zwischen London und Moskau in erster Linie.
Man ist aber in der Auffassung einig, daß die deutsche Re-
gierung strengste Neutralität üben müsse, und daß jeder
Schein einer Begünstigung Moskaus oder Londons ver-
mieden werden muß.

Für uns wird weiter der mit Rußland abgeschlossene
Neutralitätsvertrag maßgebend sein müssen, und es besteht kein Grund, von diesem Kurse abzuweichen.
Im übrigen wird der Abbruch der englisch-russischen Be-
ziehungen von den Wärrern fast aller Parteien darin gleich-
mäßig beurteilt, daß man nicht recht erkennen kann, welche
Vorteile England aus dem Bruche mit Rußland erwartet.

Eine deutsche Erklärung gegen die Befehung

Bei den Beratungen der politischen Kommission des
Weltverbandes der Völkerverbündigen über die der
Vollversammlung vorzuliegende Entschlüsse über die Ab-
rückung gab die deutsche Delegation zum Protokoll der Kom-
mission eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Es ist
ein Gebot der Ehrlichkeit, hier ausdrücklich festzustellen, daß
es eine freudige und auf wirklicher Verständigung gleich-
berechtigter und souveräner Staaten aufgebaute Mitarbeit im
Völkerverbund solange nicht geben kann, als Teile Deutschlands
von Truppen ehemaliger Kriegsgegner besetzt sind. Die
deutsche Delegation verzichtet in diesem Stadium der Ver-
handlungen darauf, diese Frage des deutschen Rechtsanspru-
ches auf sofortige Räumung des Rheinlandes unter Bezug-
nahme auf die politische Entwicklung seit 1924 bis heute
und auf die in Betracht kommenden Vertragsartikel hier zu
erörtern oder dem Kongress eine entsprechende Resolution
vorzulegen. Sie gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß es
die Vollversammlung innerhalb ihrer Zuständigkeit erachten
wird, auf den innigen Zusammenhang zwischen Völkerverbünd-
arbeit, Völkerverbündgeist und Befreiung der besetzten Gebiete
hinzuweisen.“

